

Die Vertreter der Regierungsparteien ersuchen Fürst Franz Josef II. um die Erlassung einer Notverordnung zur Verlängerung der Landtagsperiode

Abschrift eines Protokolls aufgenommen anlässlich einer Audienz bei Fürst Franz Josef II., gez. Josef Ospelt, Gustav Schädler, Adam Öhri, Josef Meier, Ludwig Marxer, Alois Ritter [1]

18.2.1943, Vaduz

Die unterzeichneten Herren, als Vertreter der Regierungsparteien, erklären:

Dass nach ihrer Ansicht der dringende Fall für Erlassung einer fürstlichen Verordnung [2] vorliegt und diese das Nötige, um eine Gefährdung der Wohlfahrt oder Sicherheit des Staates zu vermeiden, vorkehrt. Deshalb stellen sie den Antrag: Seine Durchlaucht der Landesfürst möchte dem Gesuche der fürstlichen Regierung stattgeben und die Mandatsdauer des Landtages verlängern. [3]

[1] LI LA RF 218/336/001.

[2] Gedacht war an die Erlassung einer fürstliche Notverordnung im Sinne von Art. 10 der Verfassung vom 5. Oktober 1921.

[3] Fürstliche Verordnung vom 18. Februar 1943, LGBl. 1943 Nr. 4.

Originaldokument



Im Text erwähnte Personen

Liechtenstein Franz Josef II. von, reg. Fürst, Marxer Ludwig, Dr. iur. Dr. rer.pol., Regierungschefstellvertreter, Meier Josef, Gemeindevorsteher, Postmeister, Öhri Adam, Landwirt, Richter, Ospelt Josef, Regierungschef, Landtagsabgeordneter, Ritter Alois, Dr. iur., Landtagsabgeordneter, Schädler Gustav, Prof., Lehrer, Regierungschef, Landtagsabgeordneter

Im Text erwähnte Körperschaften

Themen

Wahlen